

# Die Linke

*Sehr geehrte Damen und Herren der Schulpflegschaft Remscheid, liebe Eltern,*

*vielen Dank für ihr Engagement den umfangreichen Fragenkatalog! Ich versuche folgend möglichst jede der Fragen konkret zu beantworten.*

## **Schulbau, Sanierung, Ausstattung, Organisation**

1. Bei der ersten Frage fällt mir das schon schwer, weil wir noch keinen öffentlichen Einblick haben. Wir wissen nicht genau wie der Arbeits- und Entwicklungsstand ist und welche Projekte zuerst begonnen werden. Dies war auch einer unserer Kritikpunkte an der Gründung einer Schulbaugesellschaft. Durch die Auslagerung und privatrechtliche Form der Gesellschaft ist noch nicht klar, wie transparent die Arbeit ist und wie die demokratische Kontrolle der Schulbaugesellschaft in der Praxis funktioniert, ob und welchen Einfluss der Rat tatsächlich hat.

Definitiv muss sich die neue Gesellschaft erst einmal „einspielen“. Eine der größten Probleme der Vergangenheit war die Kommunikation zwischen den verschiedenen Fachstellen, den Schulen und der Politik. Fraglich, ob sich dies durch einen weiteren Akteur verbessert. Wir als Linke sind eher der Meinung, dass eine Kommune ihre ureigenen Aufgaben selbst wahrnehmen sollte und kann und dafür die benötigten Mittel und Personal zur bereitstellen muss. Dies war im Falle des Gebäudemanagements in der Vergangenheit nicht der Fall.

2. Dieses war in den letzten Jahren chronisch unterbesetzt. Wir haben noch in diesem Jahr in einem Haushaltsbegleitantrag die Ausschreibung(!) der vakanten Stellen gefordert. Uns wurde von Seiten der Verwaltung versichert, dass die 15,5 Stellen nun ausgeschrieben werden – trotz der Gründung der Schulbaugesellschaft. Ein Schritt, der längst überfällig war.

3. Die dünne Personaldecke war in der Vergangenheit definitiv ein erheblicher Grund für die Verzögerungen im Bereich des Schulbaus, bei Sanierungen und bei der Offenen Ganztagsbetreuung. Doch auch fehlerhafte Planung und schlechte Kommunikation trugen zum Missstand bei.

Jahrelang wurden die Zahlen der steigenden Bevölkerungsentwicklung ignoriert - trotz vielfacher Warnung unsererseits. Daher fordern wir auch die Einrichtung einer städtischen Stelle, die für die kontinuierliche Fortschreibung (mindestens jährlich) der Schulentwicklungsplanung zuständig ist. Schulentwicklungsplanung muss ein dynamischer Prozess sein und regelmäßig an demografische, pädagogische und migrationsbedingte Entwicklungen angepasst werden.

Die durch die verschleppte Schulplanung recht kurzfristig erforderlichen Reaktionen (z.B. der Ankauf von Containermodulen) waren oft viel teurer und wurden den Anforderungen und Bedarfen vielfach nicht gerecht. Wertvolle Schulraumressourcen, wie die Stuttgarter Straße, wurden jahrelang brachliegen gelassen. Auch bei Einzelprojekten, wie z.B. dem OGS-Ausbau der GGS Freiherr-vom-Stein, wurde nicht weitsichtig genug agiert. Anstatt direkt zwei Etagen auszubauen, folgt der Ausbau der oberen Etage Jahre später im laufenden Betrieb - mit entsprechenden Einschränkungen und Problemen. Kleinere Reparaturarbeiten und Probleme, die an das Gebäudemanagement weitergetragen worden, wurden häufig ignoriert.

In der Zukunft braucht es eine bessere Planung und Weitsicht, sowohl in der gesamtstädtischen Betrachtung als auch bei den einzelnen Standorten. Dafür braucht es eine größere Transparenz und bessere Kommunikation zwischen den einzelnen Fachabteilungen

aber auch insbesondere zwischen Verwaltung, Schulbaugesellschaft, Politik, Schulen und Eltern.

Für kleinere Reparatur- und Sanierungsarbeiten ist eine Bündelung von Zuständigkeiten in einem Team im Gebäudemanagement sinnvoll. Eine Art Tasc-Force. Dazu eine digitales Meldemanagement für die Schulen mit klarer Prioritätensetzung. Möglich wäre auch die Vergabe von Handwerker-Rahmenverträgen (Maler, Sanitär usw.) über mehrere Jahre. Das würde Vergabeprozesse entschlacken, da nicht jeder Auftrag einzeln ausgeschrieben werden muss, sondern die Verwaltung eine Auftragsabrufbestellung an einen Rahmenvertragspartner sendet.

4. Definitiv ist das Ziel eine 1:1 zu Ausstattung mit digitalen Endgeräten -zumindest ab der Sekundarstufe!  
Das Problem in den letzten Jahren war allerdings weniger die Versorgung mit der Hardware, sondern der Internetzugang und die Implementierung der Geräte im Unterricht. Einige Schulen haben uns mitgeteilt, dass ihre Geräte noch immer unbenutzt in den Schränken stehen. Die Schulen brauchen bessere Unterstützung im IT-Bereich. Es kann nicht sein, dass Lehrer:innen in ihrer Freizeit diese Aufgaben übernehmen müssen.  
Wir brauchen ein IT-Konzept Schulen: inklusive Infrastruktur, Sicherheit, Wartung; Dafür müssen wir sogenannte digitale Hausmeister:innen einstellen, die für Wartung, IT-Betreuung und Unterstützung von Lehrkräften im technischen Bereich zuständig sind.
5. Generell befürworten wir ein anderes Konzept abseits des klassischen Drei-gliedrigen Schulsystems – eine Schule für alle. Doch bis dahin sehen wir Gesamtschulen als die beste Alternative und erkennen den Bedarf in Remscheid. Daher sind wir für eine Dritte Gesamtschule. Am liebsten auf den Outlet-Flächen Doch gerne auch an anderen Standorten, wie z.B. der Nelson-Mandela-Gesamtschule.
6. Die Kommunikation zwischen Schulen, Eltern und Stadt war in der Vergangenheit mangelhaft. Es fehlten direkte Ansprechpartner:innen und ehrliche Informationen.  
Viele Schulen haben sich bei uns beschwert, dass sie – trotz laufender oder geplanter Baumaßnahmen – seitens der Stadt nicht rechtzeitig und ehrlich informiert worden sind. Viele fanden bei der Stadt kein richtiges Gehör und/oder wurden mit unrealistischen Versprechen vertröstet.  
Wir brauchen eine Art Schulkoordinator:in, der/die für die direkte Kommunikation zuständig ist sowie eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten nach Themenfeldern (IT, Gebäudeunterhaltung, Projekte usw.). Außerdem benötigen wir klare und einheitliche Kommunikationswege, wie z.B. ein digitales Meldemanagement für Mängel im Gebäudebereich.

### **Lehrer- und Fachkräftemangel**

7. Die Ausbildung, Bereitstellung und Bezahlung von Lehrkräften ist keine kommunale Aufgabe. Wir können vor Ort nur unsere Schulen und das Lebensumfeld so modern und attraktiv wie möglich gestalten, um Remscheid für Lehr- und Fachkräfte attraktiv zu machen. Zudem können bürokratische und kommunikative Hürden für Lehrerinnen und Lehrer seitens der Verwaltung abgebaut werden, wenn es z.B. um Schulprojekte, Busse, Fördermittel usw. geht.
8. Sollten Inklusionskräfte über die Kommune (Jugendamt) bezahlt werden, müssen sie selbstverständlich nach TvÖD SuE bezahlt werden. Inklusionskräfte werden benötigt und sie erledigen wichtige und anstrengende Aufgaben. Sowohl meine Frau als auch meine Geschwister haben bereits als Inklusionshelfer:innen gearbeitet. Sie berichteten von angenehmen Erfahrungen in der Praxis und dem Umgang mit Menschen, aber der Beruf bot

für sie aufgrund der Rahmenbedingungen (u.a. auch Bezahlung) keine wirkliche Zukunftsperspektive.

## **OGS**

9. Nein, was aus unserer Sicht vor allem mit einer zu schleppenden Schulentwicklungsplanung der vergangenen Jahr zusammenhängt. Wir finden Schulentwicklungsplanung müsste ein dynamischer Prozess und regelmäßig an demografische, pädagogische und migrationsbedingte Entwicklungen angepasst werden. Wir möchten daher eine städtische Stelle einrichten, die für eine kontinuierliche, mindestens jährliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zuständig ist.
10. Räumlich müssen wir schnell ins Bauen bzw. den Ausbau kommen. Wir müssen vorhandene Raum- und Leerstandkapazitäten nutzen sowie (wenn nötig) in unmittelbarer Standortnähe Immobilien aufkaufen und entwickeln. Es ist nicht damit getan vorhandenen Klassenzimmer für die OGS zu nutzen. Diese haben oftmals ganz andere Anforderungen.

## **Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit**

11. Als Linke setzten wir uns für den Ausbau des gebunden Ganztags ein. Das hätte auch bezogen auf den Nachmittagsbereich den Vorteil, dass die Schülerinnen und Schülern auch bei der Bearbeitung der Hausaufgaben und außerunterrichtlichen Angeboten verstärkt durch ausgebildete Lehrkräfte betreut würden. Allerdings liegt auch hier die Entscheidungsmacht leider hauptsächlich bei der Landesregierung NRW, weniger bei der Kommunalpolitik. Kommunal könnten wir uns vorstellen die Vergabe von Trägerschaften an das Kriterium der Tarifzahlung nach TVöD zu koppeln und die Arbeit im OGS-Bereich so auch für Fachkräfte attraktiver zu gestalten.
12. Familien mit Kindern, die unter Dyskalkulie, Lese-Rechtschreib-Schwäche oder anderen Lernstörungen leiden, sollen in Remscheid gezielt und frühzeitig unterstützt werden. Unser Ziel ist ein funktionierendes System der Frühförderung und Diagnostik, das Lernschwierigkeiten möglichst früh erkennt und gemeinsam mit den Eltern passende Fördermaßnahmen einleitet. Dazu gehören qualifizierte Fachkräfte, die Kinder individuell begleiten, speziell zugeschnittenes Lernmaterial, kleine Lerngruppen und zusätzliche personelle Unterstützung. So wollen wir sicherstellen, dass jedes Kind die Förderung bekommt, die es braucht, um seine Fähigkeiten zu entwickeln und erfolgreich am schulischen Leben teilzunehmen.
13. Wir verstehen Inklusion als Menschenrecht, das auch in der Remscheider Schullandschaft Umsetzung erfahren muss. Dafür müssen unsere Regelschulen so ausgestattet sein, dass sie diesem Anspruch gerecht werden: mit ausreichend Lehr- und Fachkräften, kleinen Lerngruppen, barrierefreien Räumen, speziellem Lern- und Spielmaterial und der individuellen Unterstützung, die Kinder brauchen. Gleichzeitig ist uns wichtig: Inklusion darf nicht als Zwang empfunden werden. Eltern müssen selbst entscheiden können, ob ihr Kind eine Regelschule oder eine Förderschule besucht. Deshalb setzen wir uns neben dem inklusiven Ausbau der Regelschulen auch für den Erhalt und die Stärkung der Förderschulen ein. Besonders die Heinrich-Neumann-Schule braucht dringend einen zentralen Neubau, um die sonderpädagogische Förderung unter einem Dach zu bündeln und Kindern die bestmöglichen Lern- und Entwicklungsbedingungen zu bieten.

14. Wir wollen ein Bildungssystem, das allen Kindern gerecht wird, unabhängig davon, ob sie mehr Unterstützung brauchen oder bereits besonders leistungsstark sind. Unser Wahlprogramm setzt deshalb auf individuelle Förderung an allen Schulen, die auf unterschiedlichen Lernständen aufbaut.
- Durch den Ausbau von Gesamtschulen und den Einsatz multiprofessioneller Teams, inklusive Schulsozialarbeit, Sonderpädagogik und außerschulischen Partnern schaffen wir Strukturen, in denen leistungsstärkere Kinder gezielt gefördert werden können, ohne dass die Schwächeren zu kurz kommen. Kleinere Lerngruppen, flexible Lernangebote und differenzierter Unterricht sorgen dafür, dass alle Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend gefordert und gefördert werden. Längeres gemeinsames Lernen und eine gut ausgestattete Schullandschaft ermöglichen aus unserer Sicht, dass stärkere Kinder ihre Potenziale entfalten und schwächere die Unterstützung erhalten, die sie brauchen.
15. Herkunftssprachlicher Unterricht kann durchaus sinnvoll sein, um individuelle und interkulturelle Kompetenzen zu fördern. Auch Deutschkenntnisse können dadurch indirekt gestärkt werden. HSU kann zudem auch das Selbstwertgefühl erhöhen, die Schulleistung insgesamt verbessern und dadurch strukturelle Nachteile ausgleichen. Außerdem kann HSU auch für eine stärkere Elternbindung sorgen.
- Wichtig ist, dass HSU keine Segregation befördert. Dazu muss er auch stärker in den Regelunterricht eingebunden werden. Es braucht eine didaktische Verzahnung an den Fachunterricht und eine Integration der HSU-Lehrkräfte in das Schulteam. Es kann nicht sein, dass die Lehrkräfte schlechter bezahlt und eine schlechtere didaktische Ausbildung haben. Insgesamt sind wir der Meinung, dass Mehrsprachigkeit als Potenzial angesehen und gefördert werden soll. Gleichzeitig muss aber der Erwerb und die Beherrschung der deutschen Sprache sichergestellt sein.
16. Ich persönlich verstehe den Wunsch vieler Eltern nach freier Wahl des Grundschulstandorts und kann mir auch einige praktische Gründe vorstellen, sein Kind nicht in der nahegelegenen Grundschule anzumelden (Job, persönliche Bekannte usw.).
- Dennoch sind wir als Linke für eine möglichst hohe soziale Durchmischung an den (Grund)Schulen. Wir sehen, dass durch die Auflösung der Einzugsgebiete die Gefahr einer Segregation wächst und ohnehin benachteiligte Standorte und Viertel weiter marginalisiert werden – auch in Remscheid. Deshalb plädieren wir insgesamt für die Wiedereinführung der Einzugsbezirke. Das hat neben der Sozialen Durchmischung auch individuelle Vorteile für die Kinder selbst, z.B. wenn sie den Schulweg zu Fuß gehen, fördert dies Selbstbewusstsein und (soziale) Kompetenzen der Kinder.
- Bis dahin sehen wir in der Aufwertung marginalisierter Schulstandorte und Stadtviertel einen guten Mechanismus Segregation entgegenzuwirken. Investitionen in die Schulgebäude und (digitale) Infrastruktur sowie moderne Schulkonzepte und kleine Klassengrößen sorgen für eine gute Durchmischung.
- Insgesamt müssen wir aber auch als Gesellschaft und als Stadt einer generellen Abwertung ganzer Stadtteile entgegenwirken und eine soziale Durchmischung fördern!
17. Generell möchten wir den Zustand, dass bestimmte Familien sozial benachteiligt werden, nicht einfach hinnehmen und dagegen steuern. Dies ist aber hauptsächlich Aufgabe anderer politischer Ebenen.
- Vor Ort können wir die außerschulischen Bildungsangebote stärken. Sinnvoll wäre dies v.a. mit niedrighschwelligem Angeboten in den Quartieren. Etwa über Quartiersmanager:innen und Begegnungsstätten. (interkulturelle) Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Eltern, auch abseits klassischer Schulfächer, sowie Sprachförderungen und Fördermöglichkeiten für Kinder (Nachhilfe) können Familien für Bildung begeistern und besser an die Schulen und Viertel binden und Integration fördern.

Innerhalb der Schule ist es wichtig, dass wir z.B. die Schulsozialarbeit stärken, die einen engeren Kontakt zu den Familien pflegen kann.

18. Ja, wir unterstützen eine Sprachfeststellung, aber nicht als stigmatisierendes Selektionsinstrument, sondern mit dem Ziel eine passende Sprachförderung sicherzustellen. Sprachdefizite dürfen keine Barriere für den Schuleintritt sein. Kinder müssen gezielt gefördert werden (etwa über internationale Klassen) und dafür braucht es passendes Personal und Ressourcen.

Wichtig ist darüber hinaus eine flächendeckende und gebührenfreie frühkindliche Bildung und eine verbindliche Sprachförderung in den Kitas.

## **Sicherheit**

19. +

20. Flächendeckenden Zugangskontrollen und den Einsatz von Sicherheitsdiensten stehen wir ablehnend gegenüber. Sie sorgen weniger für Sicherheit, sondern zementieren die Vorstellung von Schule als Angstraum. Die Unsummen für Sicherheitsdienste sollten viel eher in Prävention, wie z.B. die Einstellung von Schulsozialarbeitern oder Schulpsychologen, investiert werden, um Konflikten vorzubeugen. Auch kleinere Klassen und intensivere Betreuung von (Problem)Schülerinnen und Schüler wirken Konflikten entgegen. SuS sollten in die Schulgestaltung -planung mehr einbezogen werden und sich dadurch mehr mit der Schule identifizieren.

Aber auch professionelle Angebote von außerhalb, wie z.B. Workshops, sollten intensiviert werden. Projekte wie mein „Körper gehört mir“ sind enorm wichtig. Dabei müssen die Schulen unterstützt werden! Wir Linke haben in der Vergangenheit in Remscheid verschiedene Präventions-Programme gefordert, wie z.B. Selbstbehauptungskurse für Schülerinnen. Nach langem Ringen steht nun immerhin ein Budget bereit, welches die Schulen anzapfen können. Idealerweise müssen solche Angebote aber niedrigschwelliger sein und für alle Schulen bereitgestellt und auf moderne Herausforderungen angepasst werden. Exemplarisch dazu hat uns zuletzt das Thema der Steigerung der Straftaten gegen sie sexuelle Selbstbestimmung auch unter Kinder und Jugendlichen beschäftigt. Dazu haben wir ein Konzept gegen den Anstieg der Straftaten gefordert, dass sich insbesondere an Kinder Jugendliche und potenzielle Täter:innen richtet. Besorgniserregend ist in dem Zusammenhang die Zunahme misogynen und homophober Inhalte auf Social-Media. Ein relativ neues Phänomen, mit dem Schulen und Lehrkräfte nicht alleine gelassen werden dürfen. Hier muss auch die Stadt schulbegleitend mit speziellen (Präventions-)Angeboten tätig werden. Darüber hinaus sind für ein sicheres und angenehmes Schulumfeld die baulichen Umstände wichtig. Dreckige Toiletten, kaputte Fenster oder schimmlichen Turnhallen sorgen auch für ein gewisses Unsicherheitsgefühl und erschweren ein Gemeinschaftsgefühl. Auch Vandalismus ist in dem Zusammenhang ein großes Problem. Dazu haben wir mit der Forderung nach einem Pilotprojekt zur Radarüberwachung einen konstruktiven und umsetzbaren Vorschlag geleistet, der bald umgesetzt wird.

## **Gesundheit**

21. Schultoiletten müssen Orte sein, die Kinder und Jugendliche ohne Bedenken nutzen können, sauber, geruchsfrei und hygienisch einwandfrei, an jedem Tag. Dafür setzen wir auf die von der CDU-Fraktion initiierte ganztägige Betreuung durch Reinigungspersonal ein. Diese Maßnahme wurde in einer Pilotphase an mehreren Schulen bereits erfolgreich erprobt und sollte unserer Ansicht nach nun dauerhaft auf alle Schulen ausgeweitet werden. Doch damit allein ist es nicht getan. Schon bei Sanierungen und Neubauten muss dafür gesorgt werden, dass sich unangenehme Gerüche gar nicht erst festsetzen können. Das bedeutet: Böden und

Wände werden mit speziellen, dauerhaft versiegelten Fugen ausgestattet, die verhindern, dass Feuchtigkeit und Rückstände eindringen und so Geruchsquellen entstehen. Ergänzend braucht es eine gute Belüftung und moderne Abluftsysteme, damit die Räume stets mit frischer Luft versorgt werden.

22. Um Überhitzung in den Sommermonaten zu vermeiden, wollen wir bei Sanierungen und Neubauten hitzeschutzorientierte Bau- und Sanierungskonzepte verbindlich umsetzen. Dazu gehören z. B. außenliegende Verschattungen, Sonnenschutzverglasungen und bessere Dämmung. Gleichzeitig setzen wir auf Begrünung von Fassaden und Dächern sowie den Erhalt und die Pflanzung von Bäumen im direkten Umfeld der Schulgebäude, um das Mikroklima zu verbessern.
23. Wir möchten versiegelte Schulhofflächen schrittweise entsiegeln, wo immer es möglich ist, und stattdessen Grünflächen, Pflanzbereiche und naturnahe Spiel- und Bewegungsflächen schaffen (wie es an einigen Schulen ja auch schon geschehen ist). Für mehr Aufenthaltsqualität und Schutz im Sommer setzen wir auf Bepflanzung mit schattenspendenden Bäumen, Pergolen und Sonnensegeln. Bei der Neugestaltung sollen Kinder, Eltern und Lehrkräfte aktiv beteiligt werden, um sicherzustellen, dass die Flächen den Bedürfnissen aller entsprechen.